

Zeugenaussage – Témoignage – Testimonianze

[994] Auszug aus dem Urteil der II. öffentlich-rechtlichen Abteilung des Bundesgerichts i.S. X. gegen Anwaltskammer des Kantons St. Gallen (Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten) 2C_8/2010 vom 4. Oktober 2010; BGE 136 II 551

Art. 12 lit. a BGFA; Anwaltliche Sorgfaltspflicht; Kontakt mit einem Zeugen

Die Kontaktaufnahme mit einem möglichen Zeugen ist nur (aber immerhin) zulässig, wenn hierfür ein sachlicher Grund besteht (z.B. zwecks Einschätzung der Erfolgsaussichten von Prozesshandlungen wie Klageerhebung, Einlegung bzw. Rückzug eines Rechtsmittels, Stellen eines Beweisantrages); entscheidend sind die Umstände des konkreten Einzelfalls. Der Anwalt muss den Zeugen schriftlich um ein Gespräch ersuchen und ihn darauf hinweisen, dass er weder verpflichtet ist zu erscheinen noch etwas zu sagen. Zudem hat der Anwalt dem Zeugen mitzuteilen, im Interesse welches Mandanten das Gespräch stattfinden soll. Das Gespräch soll ohne den Mandanten und wenn immer möglich in den Räumlichkeiten des Anwalts und im Beisein eines Dritten stattfinden.

Art. 12 lit. a LLCA; Devoir de diligence de l'avocat; contact de l'avocat avec les témoins

Les contacts de l'avocat avec un témoin potentiel ne sont admissibles que s'ils se justifient objectivement (estimation des chances de succès d'un acte, en particulier du dépôt d'une demande, dépôt ou retrait d'un recours, proposition d'une preuve); les circonstances concrètes du cas sont déterminantes. L'avocat doit contacter le témoin potentiel par écrit en lui précisant qu'il n'est obligé ni de se présenter ni de s'exprimer. Il doit aussi lui mentionner au nom de qui il intervient. La discussion doit intervenir en l'absence du client, dans la mesure du possible au cabinet et en présence d'un tiers.

Art. 12 lit. a LLCA; Dovero di diligenza dell'avvocato; contatto dell'avvocato con i testimoni

I contatti dell'avvocato con un testimone potenziale sono ammissibili soltanto se sono oggettivamente giustificati (valutazione delle possibilità di successo di un atto, in particolare del deposito di una domanda, deposito o ritiro di un ricorso, offerta di un mezzo di prova); le circostanze del caso concreto sono determinanti. L'avvocato deve contattare il testimone potenziale per iscritto, precisandogli che non è obbligato né di presentarsi né di esprimersi. Deve anche menzionargli a nome di chi l'avvocato interviene. La discussione deve intervenire in assenza del cliente, nella misura del possibile presso lo studio legale ed in presenza di un terzo.

3.2.1 Anwälte sind gemäss Art. 12 lit. a BGFA verpflichtet, ihren Beruf sorgfältig und gewissenhaft auszuüben. Hierzu gehört auch, dass der Anwalt grundsätzlich jegliches Verhalten unterlässt, das die Gefahr einer Beeinflussung von Zeugen zur Folge haben könnte (vgl. Art. 7 der Standesregeln des Schweizerischen Anwaltsverbands vom 1. Juli 2005). Die selbständige Kontaktaufnahme mit einer Person, die als Zeuge in Betracht kommt, erscheint unter diesem Gesichtspunkt als problematisch, da mit einem solchen Vorgehen stets eine zumindest abstrakte Gefahr einer

Beeinflussung verbunden ist (vgl. Handbuch über die Berufspflichten des Rechtsanwaltes im Kanton Zürich [Handbuch Berufspflichten], herausgegeben vom Verein Zürcherischer Rechtsanwälte, S. 62; GEORG PFISTER, Aus der Praxis der Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte des Kantons Zürich zu Art. 12 BGFA, SJZ 105 [2009] Nr. 12 S. 288, mit Hinweisen).

3.2.2 Die Lehre spricht sich mehrheitlich dafür aus, dass eine Kontaktaufnahme mit einem potentiellen Zeugen nur ausnahmsweise mit der anwaltlichen Pflicht zur sorgfältigen und gewissenhaften Berufsausübung vereinbar sei bzw. nur mit Zurückhaltung und Vorsicht vorgenommen werden solle (WALTER FELLMANN in: Fellmann/Zindel [Hrsg.], Kommentar zum Anwaltsgesetz, Rz. 22 zu Art. 12 BGFA; MICHEL VALTICOS in: Valticos/Reiser/Chappuis [Hrsg.], Commentaire Romand – Loi sur les avocats, Rz. 67 zu Art. 12 BGFA; BOHNET/MARTENET, Droit de la profession d’avocat, 2009, Rz. 1180 ff.): Generell wird die Wahrheitsfindung bzw. die Zeugenbefragung als Aufgabe des Gerichts und nicht der Parteien oder ihrer Anwälte erachtet (WALTER FELLMANN, Anwaltsrecht, Rz. 193; PFISTER, a.a.O., S. 288; FELLMANN, Kommentar zum Anwaltsgesetz, Rz. 22 zu Art. 12 BGFA; BOHNET/MARTENET, a.a.O., Rz. 1180; a.M. NIKLAUS RUCKSTUHL in: Niggli/Weissenberger [Hrsg.], Handbücher für die Anwaltspraxis – Band VII Strafverteidigung, Rz. 3.168 ff.). Die Kontaktierung eines möglichen Zeugen wird nur (aber immerhin) dann für zulässig erachtet, wenn hierfür ein sachlicher Grund besteht. Als solcher wird von der Lehre namentlich auch das Einschätzen der Erfolgsaussichten von Prozesshandlungen wie etwa die Prozesseinleitung, das Einlegen bzw. der Rückzug eines Rechtsmittels oder das Stellen eines Beweis-antrages angesehen; entscheidend seien aber die Umstände des konkreten Einzelfalls (FELLMANN, Anwaltsrecht, Rz. 194; FELLMANN, Kommentar zum Anwaltsgesetz, Rz. 22 zu Art. 12 BGFA; HANS NATER in: Fellmann/Polodna [Hrsg.], Aktuelle Anwaltspraxis/La pratique de l’avocat 2009, S. 1399; VALTICOS, a.a.O., Rz. 67 zu Art. 12 BGFA; vgl. Handbuch Berufspflichten, a.a.O., S. 62 ff.; vgl. FELLMANN/SIDLER, Standesregeln des Luzerner Anwaltsverbandes, S. 28). Um der Gefahr einer Beeinflussung des potentiellen Zeugen bzw. dem blossen Anschein einer unzulässigen Einflussnahme in solchen Fällen entgegenzuwirken, fordert die Lehre vom Anwalt die Beachtung entsprechender Vorsichtsmassnahmen: So soll der Anwalt den Zeugen schriftlich um ein Gespräch ersuchen und ihn darauf hinweisen, dass er weder verpflichtet ist zu erscheinen noch auszusagen. Ebenfalls habe der Anwalt dem Zeugen mitzuteilen, im Interesse welches Mandanten das Gespräch stattfinden soll. Das Gespräch solle ohne den Mandanten und wenn immer möglich in den Räumlichkeiten des Anwalts stattfinden, wobei gegebenenfalls eine Drittperson als Gesprächszeugin hinzugezogen werden soll. Der Anwalt dürfe keinen Druck auf den Zeugen ausüben und ihn insbesondere nicht zu einer bestimmten Aussage oder überhaupt zu irgendeiner Aussage drängen und ihm für den Fall des Schweigens nicht mit Nachteilen drohen. Als verpönt erachtet wird auch das Stellen von Suggestivfragen (RUCKSTUHL, a.a.O., Rz. 3.172; vgl. Handbuch Berufspflichten, a.a.O., S. 64 f.).

3.2.3 Wie die Vorinstanz im angefochtenen Entscheid aufgezeigt hat, decken sich die obenstehenden Lehrmeinungen weitgehend mit der Praxis der Anwaltskammer des Kantons St. Gallen sowie jener des Kantonsgerichts St. Gallen (vgl. insbesondere

Entscheid BR 2006.2 des Kantonsgerichts vom 14. Dezember 2006 E. III/2 mit weiteren Hinweisen). Auch die Aufsichtsbehörden anderer Kantone haben eine vergleichbare Rechtsprechung entwickelt: In ihrem Urteil vom 13. Oktober 2004 (wiedergegeben in: BJM 2006 S. 47 ff.; vgl. FELLMANN, Anwaltsrecht, Rz. 195 und 197) geht die Aufsichtskommission des Kantons Basel-Stadt über die Anwältinnen und Anwälte ebenfalls davon aus, dass die Kontaktierung eines möglichen Zeugen durch einen am Verfahren beteiligten Anwalt nicht grundsätzlich unzulässig, sondern unter Umständen gar geboten sei; die Aufsichtskommission setzt jedoch voraus, dass eine sachliche Notwendigkeit hierfür bestehe und sie auferlegt dem betreffenden Anwalt die Verpflichtung, sicherzustellen, «dass sein Vorgehen nicht eine Verfälschung des Beweisergebnisses bewirkt». Auch die Aufsichtskommission des Kantons Zürich über die Anwältinnen und Anwälte hat sich in analoger Weise zur vorliegenden Thematik geäußert: Sie statuiert drei Voraussetzungen, welche kumulativ erfüllt sein müssen, damit die Kontaktierung resp. die Befragung eines potentiellen Zeugen durch einen Rechtsanwalt von ihr als zulässig erachtet wird: Erstens wird verlangt, dass die Kontaktaufnahme den Interessen der eigenen Klientenschaft diene. Zweitens müsse die störungsfreie Sachverhaltsermittlung durch das Gericht oder die Untersuchungsbehörde gewährleistet bleiben, weswegen die Befragung so auszugestaltet sei, dass jede Beeinflussung vermieden werden könne. Drittens wird gefordert, dass eine sachliche Notwendigkeit für die Kontaktaufnahme besteht (Beschluss der Aufsichtskommission des Kantons Zürich über die Anwältinnen und Anwälte vom 1. März 2007, wiedergegeben in: ZR 106 [2007] Nr. 81 E. 2 S. 306 ff.; vgl. NATER, a.a.O., S. 1397 ff.; vgl. PFISTER, a.a.O., S. 287 f.).

3.2.4 Die von der Lehre und den kantonalen Anwaltsaufsichtsbehörden entwickelten Kriterien für die Zulässigkeit einer privaten Zeugenbefragung überzeugen und scheinen geeignet, die Generalklausel von Art. 12 lit. a BGFA zu konkretisieren. Nachfolgend zu prüfen ist daher, ob die vom Beschwerdeführer durchgeführte Befragung von C. diesen Anforderungen genüge, d.h. ob eine sachliche Notwendigkeit für die Befragung bestand, ob die Befragung so ausgestaltet wurde, dass jede Beeinflussung vermieden und die störungsfreie Sachverhaltsermittlung durch das Gericht bzw. die Untersuchungsbehörde gewährleistet wurde und ob die Befragung im Interesse des Mandanten lag.

3.3.1 Entgegen der Auffassung des Beschwerdeführers bestand für eine selbständige Befragung von C. keine ersichtliche sachliche Notwendigkeit. Insbesondere vermag die Argumentation des Beschwerdeführers nicht zu überzeugen, er habe ein Rechtsmittel gegen die Ablehnung der untersuchungsrichterlichen Einvernahme von C. in Betracht gezogen und deshalb die Erfolgsaussichten dieses Rechtsmittels prüfen müssen: Wie die Vorinstanzen unter Hinweis auf die kantonale Gerichts- und Verwaltungspraxis ausführten, steht die Rechtsverweigerungsbeschwerde im st. gallischen Prozessrecht gegen die Ablehnung von Beweisanträgen durch die Strafuntersuchungsbehörde gar nicht zur Verfügung. Das vom Beschwerdeführer ins Auge gefasste Rechtsmittel wäre somit von vornherein untauglich gewesen. Ein sachlicher Grund für eine private Einvernahme von C. hätte aber auch dann nicht bestanden, wenn der Beschwerdeführer statt einer Rechtsverweigerungsbeschwerde eine

allgemeine Aufsichtsbeschwerde gegen die zuständige Untersuchungsrichterin in Erwägung gezogen hätte: Es erscheint fraglich, ob mit diesem disziplinarrechtlichen Instrument die Durchführung einer untersuchungsrichterlichen Einvernahme von C. hätte erzwungen werden können. Die Frage kann jedoch offen bleiben, zumal es dem Beschwerdeführer jedenfalls möglich gewesen wäre, den abgelehnten Beweis Antrag in einem allfälligen gerichtlichen Verfahren zu wiederholen, wie das Kantonsgericht zutreffend erkannt hat. Bis zu diesem Zeitpunkt zuzuwarten, wäre auch nicht mit unzumutbaren Nachteilen verbunden gewesen, wie dies der Beschwerdeführer zu Unrecht behauptet: Nebst dem versuchten Tötungsdelikt zum Nachteil von B. wurden A. im Untersuchungsverfahren eine Reihe von weiteren Straftaten zur Last gelegt; dass die gegen ihn angeordnete Untersuchungshaft im Falle einer frühzeitigen, vorteilhaften Aussage von C. aufgehoben worden wäre, ist demzufolge nicht anzunehmen und es wurde dies vom Beschwerdeführer auch nicht substantiiert dargelegt. Stattdessen behauptet der Beschwerdeführer in unzutreffender Weise, dass eine Wiederholung des Beweis Antrages in einem gerichtlichen Verfahren zwangsläufig die Gefahr einer Kollusion mit sich gebracht hätte: Wie sich aus Art. 193 Abs. 1 des Strafprozessgesetzes des Kantons St. Gallen vom 1. Juli 1999 (StP/SG) ergibt, können Beweis Anträge bereits während des schriftlichen Vorverfahrens beim Gerichtspräsidenten gestellt werden. Das diskrete Einbringen bzw. Wiederholen des betreffenden Beweis Antrages wäre demzufolge im gerichtlichen Verfahren sehr wohl möglich gewesen. Demgegenüber war es gerade das Vorgehen des Beschwerdeführers, welches C. darauf aufmerksam machte, dass seine Aussagen im Strafverfahren gegen A. von Interesse sind.

3.3.2 Wie die Vorinstanz zutreffend festgestellt hat, handelte es sich bei C. nicht bloss um einen möglichen Entlastungszeugen für A. Letzterer behauptete vielmehr, dass nicht er, sondern C. am inkriminierten Vorfall mit B. beteiligt gewesen sei. Da der Beschwerdeführer diese Sachverhaltsdarstellung seines Mandanten offenbar für möglich gehalten hat, hätte ihm aber von vornherein klar sein müssen, dass es sich bei C. seinerseits um einen Verdächtigen bezüglich des versuchten Tötungsdeliktes zum Nachteil von B. handelt: Hätte C. – wie vom Beschwerdeführer erhofft – mit seinen Angaben A. entlastet, so hätte er, C., sich zwangsläufig selbst in den Mittelpunkt der entsprechenden Strafuntersuchung manövriert. Anders als die Kontak tierung bzw. die Befragung eines Entlastungszeugen lässt sich eine eigenmächtige Einvernahme eines möglichen alternativen Tatverdächtigen durch den Rechtsanwalt des Beschuldigten grundsätzlich nicht mit der Auflage vereinbaren, die störungsfreie Sachverhaltsermittlung durch die zuständige Behörde zu gewährleisten; zu ausgeprägt ist in diesen Fällen das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit einer sachlichen und fairen Befragung einerseits und der Verpflichtung zu einer möglichst wirksamen Vertretung des eigenen Mandanten andererseits. Dies bestätigt sich im vorliegenden Fall durch die Art und Weise, wie der Beschwerdeführer die Befragung von C. durchgeführt hat: Entgegen den Empfehlungen der Lehre hat er auf wesentliche Vorkehrungen verzichtet, welche einer unzulässigen Beeinflussung bzw. bereits dem blossen Anschein einer unzulässigen Einflussnahme entgegenwirken sollen. Namentlich hat er keine neutrale Drittperson als Ge-

sprächszeugin hinzugezogen und es wurde auch nirgends schriftlich festgehalten, dass er C. darauf hingewiesen hätte, dass weder eine Verpflichtung zur Teilnahme an der Befragung noch eine Aussagepflicht bestehe. Als unbehelflich erscheint der in diesem Zusammenhang vorgebrachte Einwand des Beschwerdeführers, er habe überhaupt keine Zeugenbefragung im eigentlichen Sinn durchgeführt, sondern sich im Gespräch mit C. auf die «simple Frage» beschränkt, ob dieser zum fraglichen Zeitpunkt den Wagen von A. gefahren und dabei B. begegnet sei: Die Bejahung dieser Fragen wäre bereits geeignet gewesen, den Tatverdacht auf C. zu lenken. Es handelte sich beim fraglichen Gespräch daher mitnichten um eine prozessökonomisch motivierte, untergeordnete Vorabklärung sondern vielmehr um eine Besprechung, bei der sich der Beschwerdeführer von seinem Gegenüber offensichtlich entscheidende Informationen erhoffte.

3.3.3 Zweifelhaft ist auch, ob die vom Beschwerdeführer durchgeführte Befragung von C. den Interessen seines Mandanten tatsächlich diene: C. erhielt hierdurch frühzeitig Kenntnis davon, dass A. sich zur Verteidigung auf ihn berief und er, C., daher damit rechnen musste, selbst ins Blickfeld der Ermittler zu geraten. War tatsächlich C. und nicht A. am inkriminierten Tötungsversuch zum Nachteil von B. beteiligt, hat das Vorgehen des Beschwerdeführers C. die Zeit verschafft, sich seinerseits eine Verteidigungsstrategie zu überlegen, was den Interessen von A. schadete.

3.4 Nach dem Ausgeführten steht fest, dass die vom Beschwerdeführer durchgeführte Befragung von C. die Kriterien für die Zulässigkeit einer privaten Zeugenbefragung nicht erfüllte. Es ist daher nicht zu beanstanden, wenn das Kantonsgericht das Vorgehen des Beschwerdeführers als Verstoss gegen die anwaltliche Pflicht zur sorgfältigen und gewissenhaften Berufsausübung i.S.v. Art. 12 lit. a BGFA wertete.

N O T E *François Bohnet (Le cas du cahier)*

Les contacts de l'avocat avec les témoins 

Le Code de procédure civile¹ – tout comme le Code de procédure pénale² – prévoit que l'audition des témoins soit menée en premier lieu par le Tribunal. Le système n'est pas nouveau. Il correspond globalement aux régimes cantonaux antérieurs. Selon l'art. 172 CPC, le juge demande au témoin, après que celui-ci a décliné son identité, de décrire ses relations personnelles avec les parties et d'autres circonstances de nature à influencer sur la crédibilité de sa déposition et d'exposer les faits de la cause qu'il a constatés. Ce n'est qu'ensuite (art. 173 CPC) que les parties peuvent demander que des questions complémentaires soient posées au témoin ou les lui poser elles-mêmes avec l'assentiment du tribunal. Le message (FF 2006 6930) relevait d'ailleurs que «Les parties et leurs représentants ont le droit d'y participer (à l'audition), mais ne sont pas, en principe, autorisés à questionner directement les témoins (par interrogatoire contradictoire p. ex.). Les questions directes peuvent suggérer les réponses».

¹ Art. 168 ss CPC.

² Art. 142 ss CPP.

Si l'on veut assurer le respect de ce mécanisme, le témoin doit pouvoir être interrogé sans avoir été questionné et préparé avant l'audience, lors de laquelle il pourra, librement, «exposer les faits de la cause qu'il a constatés».

Certes, les parties au procès peuvent avoir des contacts avec les personnes qui seront entendues dans leur cause, en particulier lorsqu'il s'agit de proches. Le principe de la bonne foi inscrit à l'art. 52 CPC exclut cependant qu'elles tentent d'influencer les témoins et qu'elles leur fassent état des dépositions des témoins entendus avant elles, ou qu'elle leur remette une copie de leur déposition, sous peine de violer l'art. 171 al. 4 CPC.

L'avocat se trouve dans une position différente de celle des parties. En sa qualité de garant de l'Etat de droit, on doit pouvoir compter de sa part sur un respect des principes de procédure, qu'il est censé connaître. Il maîtrise le processus d'audition bien mieux que ne le fait une partie et peut de ce fait être à même d'influencer un témoin. Celui-ci risque d'être plus impressionné – et donc marqué – par les déclarations d'un avocat, qu'il perçoit comme un professionnel, que par celles d'une partie.

L'avocat qui «prépare» un témoin remet en cause le processus de son audition décrit ci-dessus et influence sa déposition. Il déjoue le mécanisme légal et viole dès lors son obligation de se comporter de manière correcte dans l'exercice de sa profession, exprimée désormais à l'art. 12 let. a LLCA (obligation de diligence). Le Code suisse de déontologie déclare à son article 7, que «l'avocat s'abstient d'influencer les témoins et les experts».

L'arrêt relaté ci-dessus donne l'occasion au Tribunal fédéral de confirmer la position des autorités de surveillance des avocats et de la doctrine selon lesquelles les contacts préalables de l'avocat avec un témoin sont prohibés en principe, car ils violent le devoir de diligence. Le Tribunal fédéral retient qu'il existe un «risque abstrait» d'influence du témoin si bien que les contacts sont problématiques. Il admet, toujours en accord avec la doctrine et la jurisprudence cantonale, que des exceptions existent, lorsque dits contacts peuvent se justifier objectivement. C'est essentiellement le cas, mais toujours selon les circonstances d'espèce, avant un procès ou un recours, en particulier pour permettre à l'avocat d'apprécier objectivement la situation et de mieux évaluer les risques d'un procès, d'une intervention auprès d'une autorité judiciaire ou les chances de succès d'un appel éventuel.

A titre de synthèse (consid. 3.2.3–3.2.4), le Tribunal fédéral cite une jurisprudence zurichoise (ZR 2007 306 N 8) qui retient qu'une prise de contact implique un intérêt du client de l'avocat (1), l'absence de risque d'influencer le témoin (2) – ce qui suppose que le contact soit organisé en conséquence – et la nécessité objective d'un tel contact (3). A priori, si la troisième condition est remplie, la première l'est également.

La *nécessité objective* suppose que l'avocat ne puisse pas d'une autre manière disposer des éléments nécessaires à son intervention (ZR 1996 131 N 43; RJN 2008 397). Il est donc plutôt rare qu'il ait besoin d'un tel contact. Selon la jurisprudence cantonale, on peut l'envisager en particulier avec un auxiliaire, un proche du client (SJ 2007 II 272) ou encore avec l'employé d'une personne morale (RJN 2008 397). A notre avis, l'avocat ne devrait plus prendre contact avec un témoin lorsque celui-ci a d'ores et déjà été cité (dans ce sens: RJN 2008 394).

Quant à l'*organisation du contact*, le Tribunal fédéral reprend l'approche de NIKLAUS RUCKSTUHL cité dans l'arrêt selon laquelle l'avocat doit contacter le témoin potentiel par écrit en lui précisant au nom de qui il intervient et qu'il n'est obligé ni de se présenter ni de s'exprimer. Il doit l'inviter à un entretien à son cabinet, en l'absence du client, dans la mesure du possible en présence d'un tiers. Notons encore que lors de l'entretien, l'avocat devra s'adresser

au tiers de manière objective sans chercher aucunement à l'influencer (voir BOHNET/MARTENET, Droit de la profession d'avocat, Berne 2009, N 1181, et les réf.). L'avocat évitera donc d'appeler par téléphone le témoin potentiel (et plus encore de l'enregistrer! voir déjà BFS A N 7, 1963, 17) et prendra soin de prendre les mesures utiles au respect des exigences décrites ci-avant.

Certains diront sans doute que ces exigences d'organisation ne résultent pas de la loi. On retiendra avec le Tribunal fédéral que dans la mesure où l'interdiction de contacter un témoin potentiel est la règle, il convient de fixer de manière suffisamment précise à quelles conditions et selon quelles modalités il peut y être dérogé. A notre sens cependant, elles ne sauraient s'appliquer *lorsque le statut de partie ou de témoin de l'intéressé n'est pas clair*, par exemple lorsque l'avocat entre en contact avec le responsable d'un dossier auprès d'une société cliente, ce responsable étant seul au courant de l'affaire et ayant le statut d'employé. Dans ce cas, l'avocat peut considérer être en contact avec sa cliente. Il devra en revanche indiquer au Tribunal avoir eu de tels contacts.

XXII. Rechtsmittel – Voies de recours – Mezzi di impugnazioni

Beschwerde – Recours – Reclamo

[995] Auszug aus dem Entscheid des Obergerichts Zürich, II. Zivilkammer
NK100014-O/U vom 12. Januar 2011

Art. 404 ZPO; Rechtsmittelverfahren. Auch das Obergericht ist eine «betroffene Instanz», die hängige Verfahren nach bisherigem Verfahrensrecht zu Ende führt. Beurteilung des angefochtenen Entscheides nach den für ihn geltenden Normen (E. 3). Verfahren nach Rückweisung. Nach einer ab 1. Januar 2011 erfolgten Rückweisung gilt für das Verfahren der ersten Instanz das neue Recht (E. 7). Angefochten ist ein Nichteintretensentscheid des Einzelrichters, der annahm, der Streitwert übersteige seine Zuständigkeit.

Art. 404 CPC; Recours. L'Obergericht de Zurich est lui aussi une instance au sens de l'art. 404 CPC, qui mène la procédure à son terme selon l'ancien droit. Examen de la décision attaquée à la lumière du droit de procédure cantonal en vigueur (consid. 3). En cas de renvoi à l'autorité inférieure après le 1^{er} janvier 2011, le nouveau droit s'applique à la procédure de première instance (consid. 7). En l'espèce le premier juge s'était déclaré incompétent en raison de la valeur litigieuse.

Art. 404 CPC; Impugnazioni; Anche il tribunale cantonale è una «giurisdizione adita», la quale porta a conclusione le procedure pendenti secondo il diritto procedurale previgente. Giudizio della decisione impugnata secondo le norme applicabili alla stessa (consid. 3). In caso di rinvio successivo al 1. gennaio 2011 il nuovo diritto è applicabile alla procedura di primo grado (consid. 7). Impugnata è una decisione d'inammissibilità del giudice unico, secondo il quale il valore litigioso eccede la sua competenza.